



DER LANDRAT

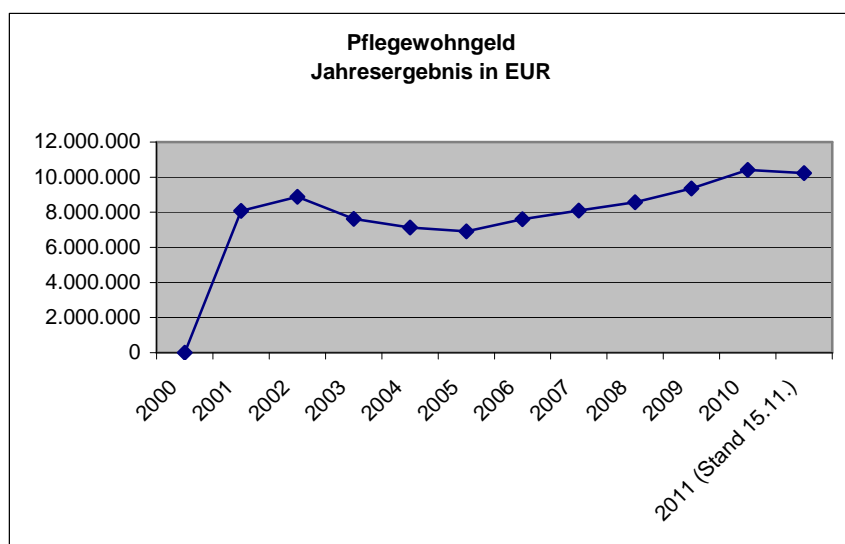
**Eckdaten
zum Entwurf
des Kreishaushaltes
2012**

Haushaltsausführung 2011

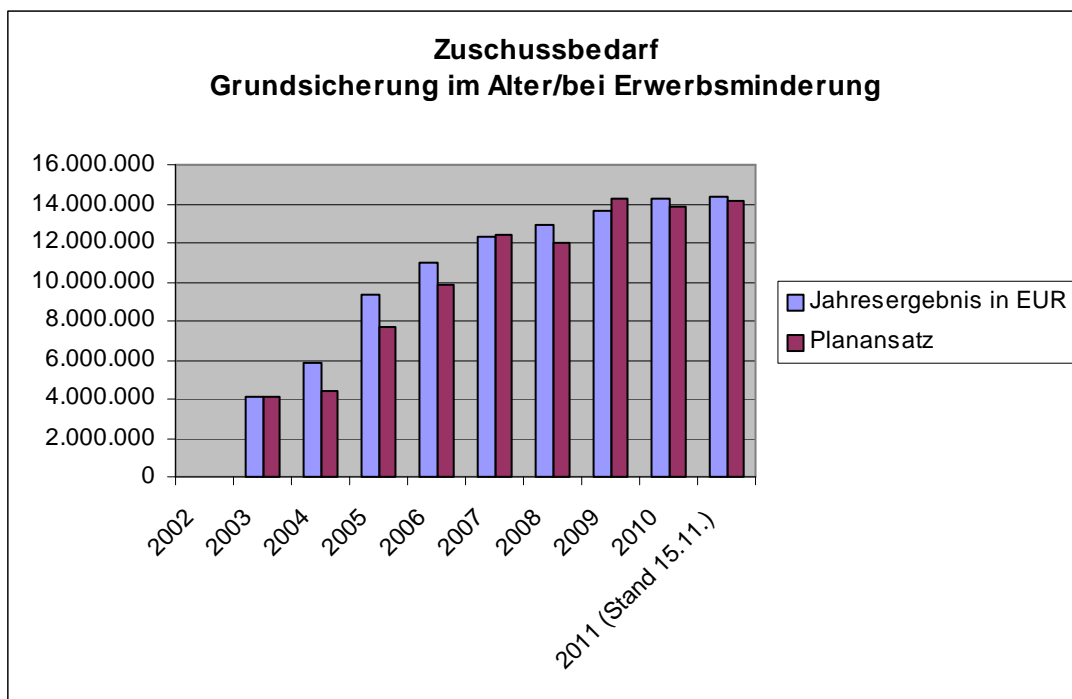
Zur Herbeiführung des Ausgleichs des Ergebnishaushaltes 2011 hat der Kreistag mit Beschluss vom 19.05.2011 eine Entnahme aus der Ausgleichsrücklage in Höhe von 22.303.400 EUR festgesetzt.

Bei den üblicherweise im Laufe eines Haushaltsjahres stattfindenden Planabweichungen sind insbesondere die Verbesserungen durch außerplanmäßige Erträge in Folge der Rückzahlung zur Landschaftsumlage 2007 sowie der Gewinnausschüttung der KSK, aber auch durch die geringere Festsetzung der Landschaftsumlage 2011 zu nennen. Diesen Verbesserungen im Umfang von ca. 3,86 Mio. EUR stehen Verschlechterungen, insbesondere durch eine erhöhte Verlustabdeckung der REVG aus dem Jahre 2010 sowie durch die Abrechnung einheitsbedingter Belastungen gegenüber (ca. 2,0 Mio. EUR). Neben einer Vielzahl sonstiger be- und entlastender Momente liegen die Entwicklungen im Sozialbereich im besonderen Fokus.

Die Steigerung der sozialen Aufwendungen verläuft weiterhin ungebremst. Insbesondere fallen Planverschlechterungen in Folge zu optimistischer Annahmen im Bereich der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung, bei diversen Positionen zu den Hilfen zum Lebensunterhalt und zu der Eingliederungshilfe für Behinderte auf. Auch die Dimension der Aufwendungen zum Pflegewohngeld, welches seit dem 01.01.2001 durch den Kreis zu gewähren ist, übersteigt mittlerweile die 10 Mio. EUR-Marke.



(Hinweis: Wert 2011 stellt keine Prognose, sondern Stichtagswert dar.)



(Hinweis: Wert 2011 stellt keine Prognose, sondern Stichtagswert dar.)

Eine besondere Problematik hat der Kreis im Zusammenhang mit einer Wertkorrektur seiner im Umlaufvermögen und zum Verkauf ausgewiesenen RWE-Aktien zu lösen. Auf Grund des strengen Niederstwertprinzips ist dem Kursverfall in 2011 zum Bilanzstichtag Rechnung zu tragen (Kurs zum 30.01.2011 = 49,89 EUR, zum 22.11.2011 = 27,99 EUR). Auf der Basis von 142.720 Aktien ergibt sich damit derzeit ein das Jahresergebnis belastendes Abwertungsrisiko von ca. 3,1 Mio. EUR.

Zu prüfen wird weiterhin die Frage einer Wertkorrektur der Finanzanlagen "Rhein-Erft-Verkehrsgesellschaft mbH" und "Heinrich-Meng-Institut gGmbH" auf Grund des dort jeweils gehaltenen RWE-Aktienpakets sein.

Nach den bisherigen Erkenntnissen wird sich die Notwendigkeit der Inanspruchnahme der Ausgleichsrücklage annähernd am Planumfang orientieren und damit einen Eigenkapitalverzehr in entsprechendem Umfang nach sich ziehen.

Mangels aufwandsdeckender Kreisumlage 2011 wird damit eine reale Entlastung der Kommunen stattfinden.

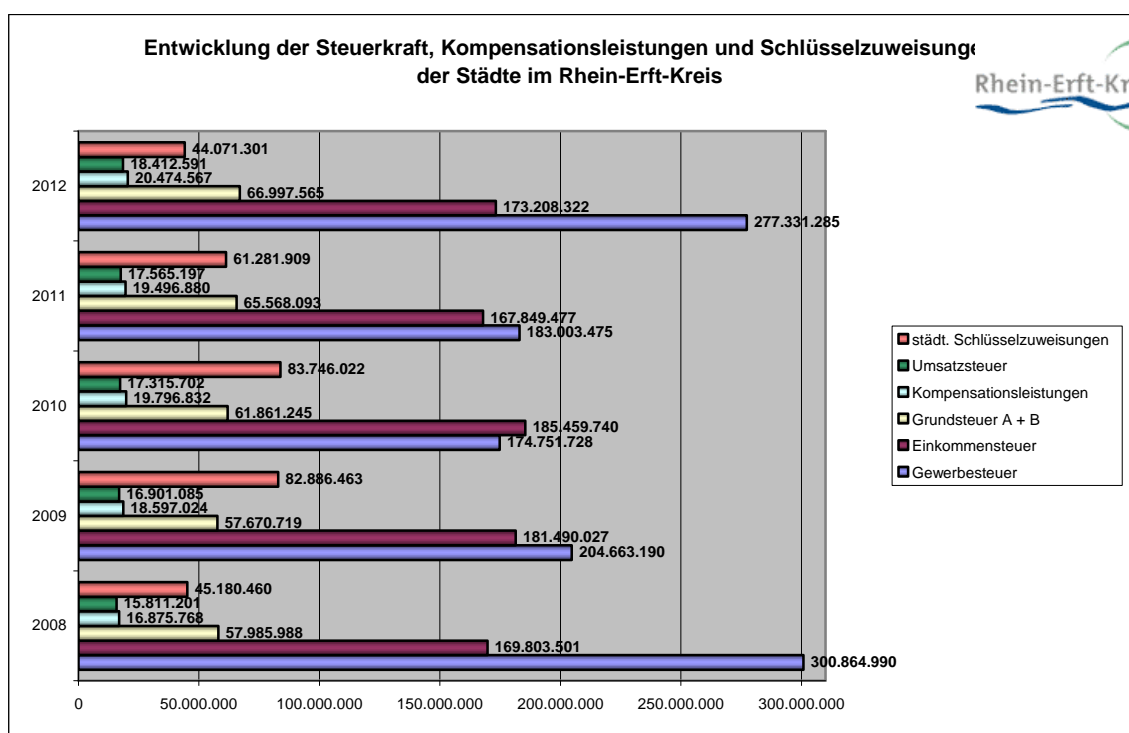
Der Finanzausgleich des GFG 2012

Der Kreishaushalt wird entscheidend durch den Finanzausgleich nach dem GFG beeinflusst. Bedeutende Einflussgrößen sind dabei die Umlagegrundlagen für die Kreis- und Landschaftsumlage sowie die Kreisschlüsselzuweisungen. Hierbei besteht eine starke Wechselwirkung zwischen der jeweiligen Steuerkraft der Städte einerseits und der regulierenden Schlüsselzuweisung des Landes andererseits. Von Bedeutung ist sowohl das Volumen der verteilbaren Verbundmasse als auch die Frage, wie sich die Steuerkraft der Städte im Rhein-Erft-Kreis im Verhältnis zu den übrigen Kommunen im Land NRW darstellt.

Vereinfacht: Im Verhältnis steuerstärkere Kommunen erhalten geringere Schlüsselzuweisungen. Das gleiche Los trifft die Kreise, da sich in diesem Falle der Finanzausgleich stärker auf die Refinanzierungsmöglichkeit durch die Kreisumlage ausrichtet.

In diesem Licht sind die zum GFG 2012 vom IT.NRW mit der 1. Proberechnung veröffentlichten Zahlen zu den Umlagegrundlagen und den zu erwartenden Kreisschlüsselzuweisungen besonders zu würdigen.

Neben einer Schwächung des kreisangehörigen Raumes zu Gunsten der kreisfreien Städte bei den Schlüsselzuweisungen in Folge erster Umsetzungsschritte zum IFO-Gutachten im GFG 2012 fällt bei den Städten im Rhein-Erft-Kreis eine deutlich positive Entwicklung der Steuerkraft, insbesondere bei der Gewerbesteuer, im Vergleich zu den Vorjahren auf.



Während sich die Steuerkraftmesszahlen bei den kreisangehörigen Kommunen in NRW landesweit um 9,8 % gegenüber 2011 verbessert haben, liegt dieser Satz bei den Städten im Rhein-Erft-Kreis bei 20,3 % und damit an zweitbesten Stelle landesweit.

Zudem ist – systemimmanent durch die Ausrichtung des Finanzausgleichs anhand fiktiver Steuerhebesätze – festzustellen, dass die Städte im Rhein-Erft-Kreis in der Referenzperiode 2012 ca. 22,4 Mio. EUR kassenmäßig bei der Grund- und Gewerbesteuer mehr erzielt haben, als ihnen bei den Umlagegrundlagen 2012 angerechnet wird.

Steuerart	Referenzperiode 2011			Referenzperiode 2012		
	kassenmäßiges IST Aufkommen	bei Umlage- grundlagen berücksichtigt	der Kreisumlage entzogener Ertrag der Kommunen	kassenmäßiges IST-Aufkommen	bei Umlage- grundlagen berücksichtigt	der Kreisumlage entzogener Ertrag der Kommunen
Gewerbesteuer	195.198.902	183.003.475	+12.195.427	297.619.889	277.331.285	+20.288.604
Grundsteuer	65.810.514	65.568.093	+242.421	69.103.251	66.997.565	+2.105.686

Nach der 139. Sitzung des Arbeitskreises "Steuerschätzungen" vom 02. – 04.11.2011 wurden die Schätzungen der voraussichtlichen Steuereinnahmen für 2011 sowie die Erwartungen für die Jahre 2012 – 2015 gegenüber der Mai-Steuerschätzung 2011 nach oben verändert. Die kommunalen Steuereinnahmen weisen in 2011 eine deutliche Zuwachsrate in Höhe von 8,5 % auf. 2012 wird für die Kommunen ein Zuwachs von + 4,9 % erwartet. Die Gewerbesteuer (netto) soll 2011 um 11,9 % wachsen und 2012 um 6,2 % zunehmen.

Vorgenannte Umstände sind im Abwägungsprozess im Rahmen des Rücksichtnahmegebotes nach § 9 Kreisordnung NRW genauso zu berücksichtigen, wie die akute Finanznot der Städte im Rhein-Erft-Kreis.

Besondere Bedeutung erhält dabei auch eine bemerkenswerte Ausführung des Ministeriums für Inneres und Kommunales NRW (MIK NRW) zum Haushalt des Landschaftsverbandes 2011 in Zusammenhang mit dem Einsatz der Ausgleichsrücklage:

"Auch in schwierigen haushaltswirtschaftlichen Jahren ist das Rücksichtnahmegebot nicht einseitig dahingehend auszulegen, dass Belastungen bei den Umlageverbänden kreditfinanziert werden, um die Haushalte der Umlagezahler vorübergehend zu entlasten." Ein kreditfinanzierter Abbau des Eigenkapitals liegt nach dem MIK NRW dann vor, wenn Rücklagen (Ausgleichsrücklage oder Allgemeine Rücklage) für den Haushaltsausgleich in Anspruch genommen werden.

Haushaltsentwurf 2012

Planjahr 2012

Bereits im Planjahr 2011 war für das Haushaltsjahr 2012 ein mit 15,3 Mio. EUR defizitärer Kreishaushalt prognostiziert worden. Hierin einbezogen war zum Einen die Kontinuität des Kreisumlagesatzes mit 42,53 %, der damit weiterhin zur Entlastung der Städte eine Entnahme der Ausgleichsrücklage nach sich zieht, zum Anderen die vom Bund angekündigte Aufstockung der Erstattungsquote von 16 auf 45 % im Rahmen der Grundsicherung im Alter/bei Erwerbsminderung.

Planungsgrundlage für die den Kreishaushalt 2012 bestimmenden Erträge und Aufwendungen sind die zum GFG 2012 vom IT.NRW mit der 1. Proberechnung veröffentlichten Zahlen zu den Umlagegrundlagen und den zu erwartenden Kreisschlüsselzuweisungen. Im Übrigen wurden die Entwicklungen anhand der derzeitigen Aufgabenstellungen des Kreises einbezogen.

Zur Erfüllung der Aufgaben des Kreises werden Erträge und Aufwendungen sowie eingehende Einzahlungen und Auszahlungen wie folgt eingeplant:

im Ergebnisplan

○ Erträge	370,56 Mio EUR
○ Aufwendungen	379,80 Mio EUR
○ Saldo	- 9,24 Mio EUR

im Finanzplan

○ Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	362,65 Mio EUR
○ Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	358,52 Mio EUR
○ Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit und der Finanzierungstätigkeit	13,94 Mio EUR
○ Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit und der Finanzierungstätigkeit	20,92 Mio EUR
○ Saldo	- 2,85 Mio EUR

Finanzplanungsjahre 2013 - 2015

Bei der Planung der Folgejahre wurden die Aussagen der Orientierungsdaten des MIK NRW vom 09.09.2011 berücksichtigt. Bekanntermaßen enthalten diese keine Prognosewerte für die Schlüsselzuweisungen und Umlagegrundlagen, was eine Berechnung von Planwerten für diesen Zeitraum erschwert.

Von erheblicher Bedeutung wird hierbei die Einschätzung zu erwartender oder erhoffter Auswirkungen durch weitere Anpassungen der GFG-Strukturen in Folge des IFO-Gutachtens sein. Das GFG 2012 weist deutlich negative Auswirkungen für den kreisangehörigen Raum auf, die selbst durch die sog. einmalige Abmilderungshilfe nicht aufgewogen werden. Weitere Anpassungen des Soziallastenansatzes führen zu einer Verschärfung der Situation. Ob und inwieweit die Forderungen der Spitzenverbände, insbesondere des Landkreistages, zukünftig vom Land umgesetzt oder einbezogen werden, ist völlig offen.

Bis heute sind aber auch die Auswirkungen des vom Land beabsichtigten Stärkungspaktgesetzes nicht berechenbar. Danach sollen sowohl von 2011 bis 2020 die Finanzausgleichsmasse um je 350 Mio. EUR vermindert als auch ab 2014 bis 2020 durch eine Abundanzumlage jährlich 195 Mio. EUR von den dann jeweils abundanten Kommunen im Sinne einer Abschöpfung des Zuwachses durch die völlige Übernahme der Grundsicherungskosten erhoben werden. Tangiert hiervon sind die Schlüsselzuweisungen und die Umlagegrundlagen für die Kreis- und Landschaftsumlage.

Eigene Erkenntnisse zur Steuerkraftentwicklung der Städte, Einmaleffekte bei den Steuern oder gar ein Ranking der Städte bei der Verteilung der Schlüsselzuweisungen ab 2013 liegen hier nicht vor. Aus dieser Problemlage heraus wurden die letztjährigen Orientierungsdaten des MIK vom 03.11.2010 zu den Schlüsselzuweisungen und Umlagegrundlagen mit der Modifizierung des Startwertes 2012 (Bereinigung um die einmalige Abmilderungshilfe) angewandt. **Ausdrücklich wird jedoch auf das Risiko dieser – eher optimistischen - Planungsgrundlagen hingewiesen.**

Einbezogen wurde die im Haushaltsentwurf des Landschaftsverbandes 2012 enthaltene Planung des dortigen Umlagesatzes für 2013 – 2015 mit jeweils 16,8 %. Des Weiteren wurden- obwohl ein Gesetz zur Aufstockung der Bundeserstattung im Bereich der Grundsicherung in 2013 auf 75 % und ab 2014 auf 100 % noch nicht vorliegt und erst im Laufe des Jahres 2012 beschlossen werden soll – diese Verbesserungen aufgrund der Absichtserklärung des Bundes in der Planung wiederum berücksichtigt.

Nach der Finanzplanung 2013 wird weiterhin mit einem Defizit im Umfang von 2,1 Mio. EUR und einer entsprechenden Inanspruchnahme der Ausgleichsrücklage sowie einer Beibehaltung des Kreisumlagesatzes gerechnet. Ab 2014 geht der Kreis – **unter der Voraussetzung des Eintreffens der Prognosen insbesondere bei den Schlüsselzuweisungen und Umlagegrundlagen** – bei dann ausgeglichenen Haushalten von einer Senkung des Kreisumlagesatzes aus.

Zu den Daten der Finanzplanung 2013 – 2015 wird auf die besonderen Anlagen verwiesen.

Kreisumlage / Umlagegrundlagen

Planjahr 2012

Nach der vom IT. NRW veröffentlichten 1. Proberechnung ergibt sich bei den Kreisumlagegrundlagen folgende Veränderung:

Umlagegrundlagen 2011	484.334.777 EUR
Umlagegrundlagen 2012	552.844.981 EUR

Mit der Umlagegrundlage 2012 wird, nach einem erheblichen Rückgang in den Jahren 2009 – 2011, annähernd die Datenlage des Jahres 2008 wieder erreicht. Ausschlaggebend hierfür ist die erfreuliche Entwicklung der Gewerbesteuer (s.o., Finanzausgleich des GFG 2012).

Der Haushaltsentwurf 2012 sieht – unter Inkaufnahme eines weiteren Defizits im Umfang von 9,24 Mio. EUR - eine Beibehaltung des Hebesatzes zur allgemeinen Kreisumlage von 42,53 % vor.

Aufgrund der vorweg dargestellten Erhöhung der Umlagegrundlagen und Beibehaltung des bisherigen Hebesatzes verändert sich die von den Städten zu entrichtende Kreisumlage wie folgt:

Kreisumlage 2011	205.987.581 EUR
Kreisumlage 2012	235.124.970 EUR

Gegenüber dem Haushaltsjahr 2011 steigt der Zahlbetrag zur Kreisumlage damit um 29.137.389 EUR.

Eine Darstellung der Entwicklung der Umlagegrundlagen, des Hebesatzes zur Kreisumlage und des Zahlbetrages der Kreisumlage, beginnend mit dem Haushaltsjahr 2008, liegt als gesonderte Anlage bei.

Finanzplanungsjahre 2013 - 2015

Auf die obigen Vorbemerkungen wird verwiesen (s. S. 6 - 7).

Jahr	Umlagegrundlage	Umlagesatz	Umlage
2013	570.451.287	42,53%	242.612.932
2014	600.742.251	40,51%	243.360.686
2015	629.277.508	39,46%	248.312.904

Kreisschlüsselzuweisungen

Planjahr 2012

Die Erträge aus den Kreisschlüsselzuweisungen stellen sich wie folgt dar:

Kreisschlüsselzuweisung 2010	31.975.286 EUR
Kreisschlüsselzuweisung 2011	30.329.765 EUR
Kreisschlüsselzuweisung 2012	22.031.679 EUR
(1. Proberechnung)	
Saldo gegenüber 2011	- 8.298.086 EUR

Finanzplanungsjahre 2013 - 2015

Auf die obigen Vorbemerkungen wird verwiesen (s. S. 6 - 7).

Jahr	Betrag
2013	22.736.650
2014	23.668.850
2015	24.639.250

Landschaftsumlage

Planjahr 2012

Die Eckdaten zum Kreishaushalt 2012 berücksichtigen den vorgesehenen Hebesatz der Landschaftsumlage von 17,0 %, wie ihn der Haushaltsentwurf des Landschaftsverbandes 2012 enthält. Unter Berücksichtigung der Umlagegrundlagen des Rhein-Erft-Kreises zur Landschaftsumlage 2012 ergeben sich gegenüber dem Vorjahr Mehraufwendungen in Höhe von 11.689.411 EUR.

Die Entwicklung der vom Kreis zu entrichtenden Umlage stellt sich wie folgt dar:

Haushaltsjahr 2009	87.969.191 EUR (15,85 %)
Haushaltsjahr 2010	86.213.511 EUR (16,00 %)
Haushaltsjahr 2011	86.039.621 EUR (17,00 %)
(unter Berücksichtigung der Erstattung 2011)	
Haushaltsjahr 2012	97.729.032 EUR (17,00 %)

Während sich der Anteil der Landschafts- an der Kreisumlage noch in 2008 auf 37,95 % belief, werden mit der nunmehrigen Landschaftsumlage in Höhe von 97.729 TEUR 41,56 % der von den Kommunen gezahlten Kreisumlage unmittelbar an den Landschaftsverband weitergegeben.

Ob und inwieweit der Kreis gemeinsam mit anderen Umlagezahlern beim Landschaftsverband eine Senkung des Umlagesatzes für 2012 angesichts dortiger Planungsgrundlagen erwirken kann, bleibt abzuwarten.

Finanzplanungsjahre 2013 - 2015

Auf die obigen Vorbemerkungen wird verwiesen (s. S. 6 - 7).

Jahr	Umlagegrundlage	Umlagesatz	Umlage
2013	600.563.411	16,80%	100.894.653
2014	629.090.173	16,80%	105.687.149
2015	658.971.956	16,80%	110.707.289

Fazit für das Haushaltsjahr 2012

Die dem Kreis verbleibenden und zur Verfügung stehenden Erträge können, wie auch nachfolgend in den Anlagen schwerpunktmäßig erläutert, einen Ausgleich des Ergebnishaushaltes nicht herbeiführen.

Dieser soll nicht durch eine Anhebung des Hebesatzes der allgemeinen Kreisumlage, sondern ausschließlich durch Inanspruchnahme der Ausgleichsrücklage in Höhe von 9,24 Mio. EUR erreicht werden.

Diese Maßnahme steht unter dem Vorbehalt, dass die Zahlen der 1. Proberechnung in dem noch zu verabschiedenden GFG 2012 keinen größeren Veränderungen unterworfen werden.

Unter Berücksichtigung der auf den Seiten 4 - 5 stehenden Rahmenbedingungen und des Rücksichtnahmegebotes (trotz erheblicher Steuerkraftsteigerungen weitere Finanznot der Städte) gewährleistet der Haushaltsentwurf des Kreises damit die Beschlusslage aus der Kreisausschusssitzung vom 05.05.2011/der Kreistagssitzung vom 19.05.2011, wonach eine Anhebung des Umlagesatzes zur Entlastung der Städte trotz bestehender Defizite nicht erfolgen soll ("Der Kreisumlagesatz für den Finanzplanungszeitraum 2012 ff. darf den aktuellen Stand von 42,53 % nicht übersteigen.").

Der Entwurf des Kreishaushaltes 2012 wird am 08.12.2011 in den Kreistag eingebracht. Die Verabschiedung ist für den 15.03.2012 vorgesehen.

Anlagen

<u>Anlagen zum Eckdatenpapier 2012</u>	<u>fortlfd. Nr.</u>
Auswirkungen des GFG 2012 (1. Proberechnung) auf den Kreishaushalt	1
Vorabdotierung des Finanzausgleichs	2
Kreisumlage 2012 mit Umlagegrundlagen der einzelnen Kommunen im Vergleich zum Haushaltsjahr 2011	3
Entwicklung der Kreisumlagegrundlagen, des Hebe- satzes und der Kreisumlage von 2008 - 2012	4
Entwicklung der Kreisumlagegrundlagen, des Hebe- satzes und der Kreisumlage von 2009 - 2012 der Städte untereinander	5
Struktur der Erträge	6
Ordentliche Erträge gesamt	7
Struktur der Aufwendungen	8
Ordentliche Aufwendungen gesamt	9
Übersicht Fehlbetrag / Überschuss Soziales - Produkte 05.311.10- 05.311.40, 05.311.60, 05.312.01, 05.351.01 -	10
Ergebnis-/Finanzplanung 2013 ff. incl. Entwicklung der Ausgleichsrücklage	11.1, 11.2
Voraussichtliche Mehrbelastungen ÖPNV	12



AUSWIRKUNGEN DES GFG 2012 AUF DEN KREISHAUSHALT 2012

Grundlage: 1. Proberechnung GFG 2012

Darstellung in EUR

1. Kreisumlage

	2012	2011	Diff.
Umlagegrundlagen	552.844.981	484.334.777	+68.510.204
Umlagesatz	42,53%	42,53%	0,00%
Umlage	235.124.970	205.987.581	+29.137.390

2. Kreisschlüsselzuweisungen

	2012	2011	Diff.
Zuweisungen	22.031.679	30.329.765	-8.298.086

3. Landschaftsumlage

	2012	2011	Diff.
Umlagegrundlagen	574.876.660	514.664.542	+60.212.118
Umlagesatz	17,00%	17,00%	0,00%
Umlage	97.729.032	86.039.621	+11.689.411

incl. Erstattung 2011

4. Schulpauschale

	2012	2011	Diff.
	2.350.987	2.329.423	+21.564

5. Invest-Pauschale

	2012	2011	Diff.
	1.207.242	1.122.775	+84.467

Finanzausgleich 2012 Vorabdotierung

Erträge:

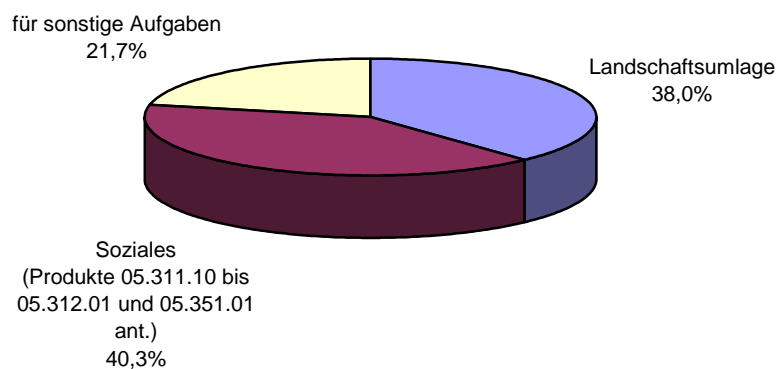
Kreisumlage 2012	235.124.970
Kreisschlüsselzuweisungen 2012	22.031.679
Summe Finanzausgleich	257.156.649

Aufwendungen:

Landschaftsumlage	97.729.032
Soziales (Produkte 05.311.10 bis 05.312.01 und 05.351.01 ant.) netto	103.544.350
für sonstige Aufgaben	55.883.267

	2012	2011	2010	2009
Anteil Kreisumlage für Landschaftsumlage	41,56%	41,77%	39,88%	39,54%

Vorabdotierung des Finanzausgleichs 2012 Kreisumlage und Schlüsselzuweisungen



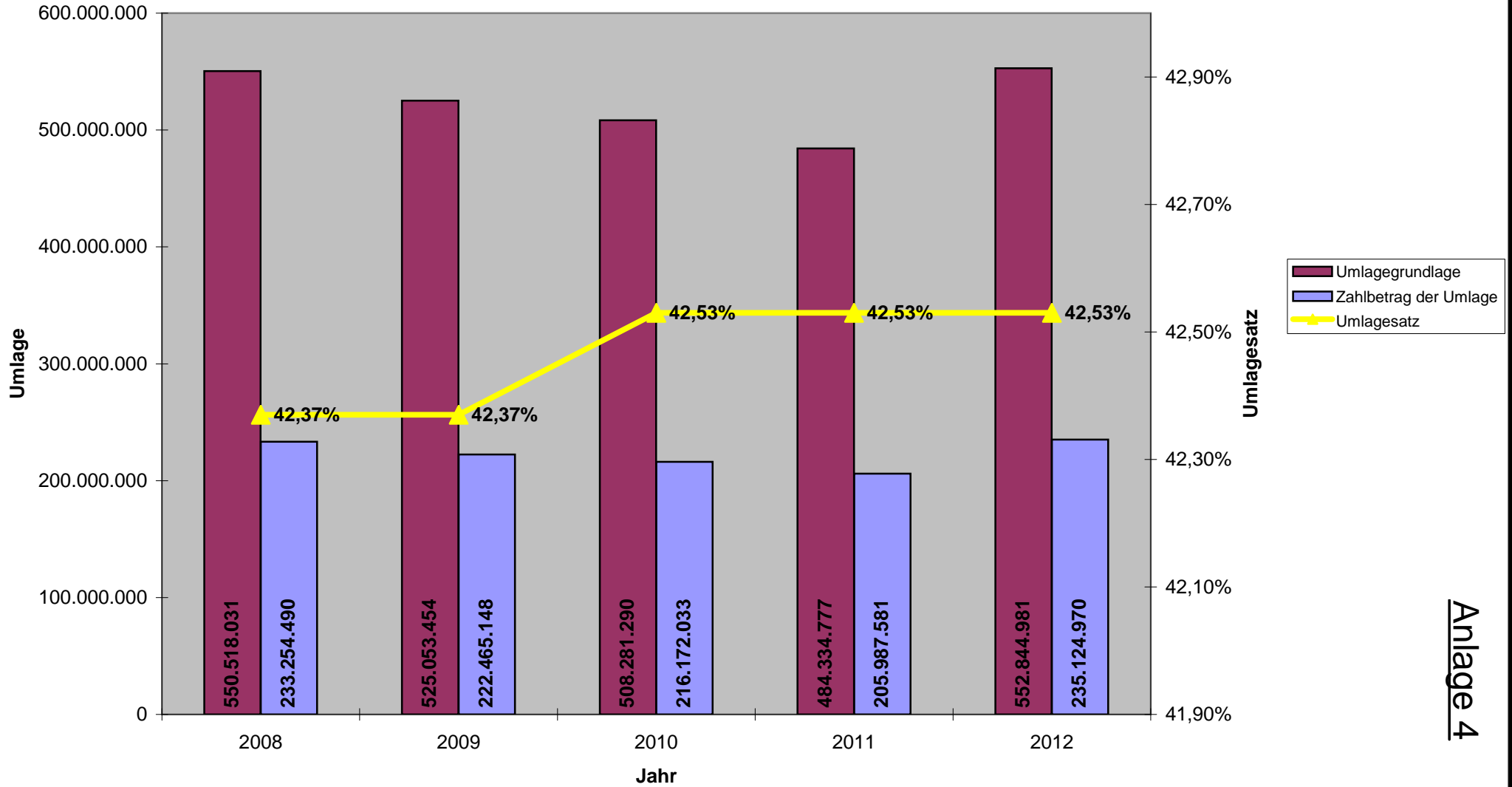
Kreisumlage 2011 und 2012

(Stand: 07.11.2011)

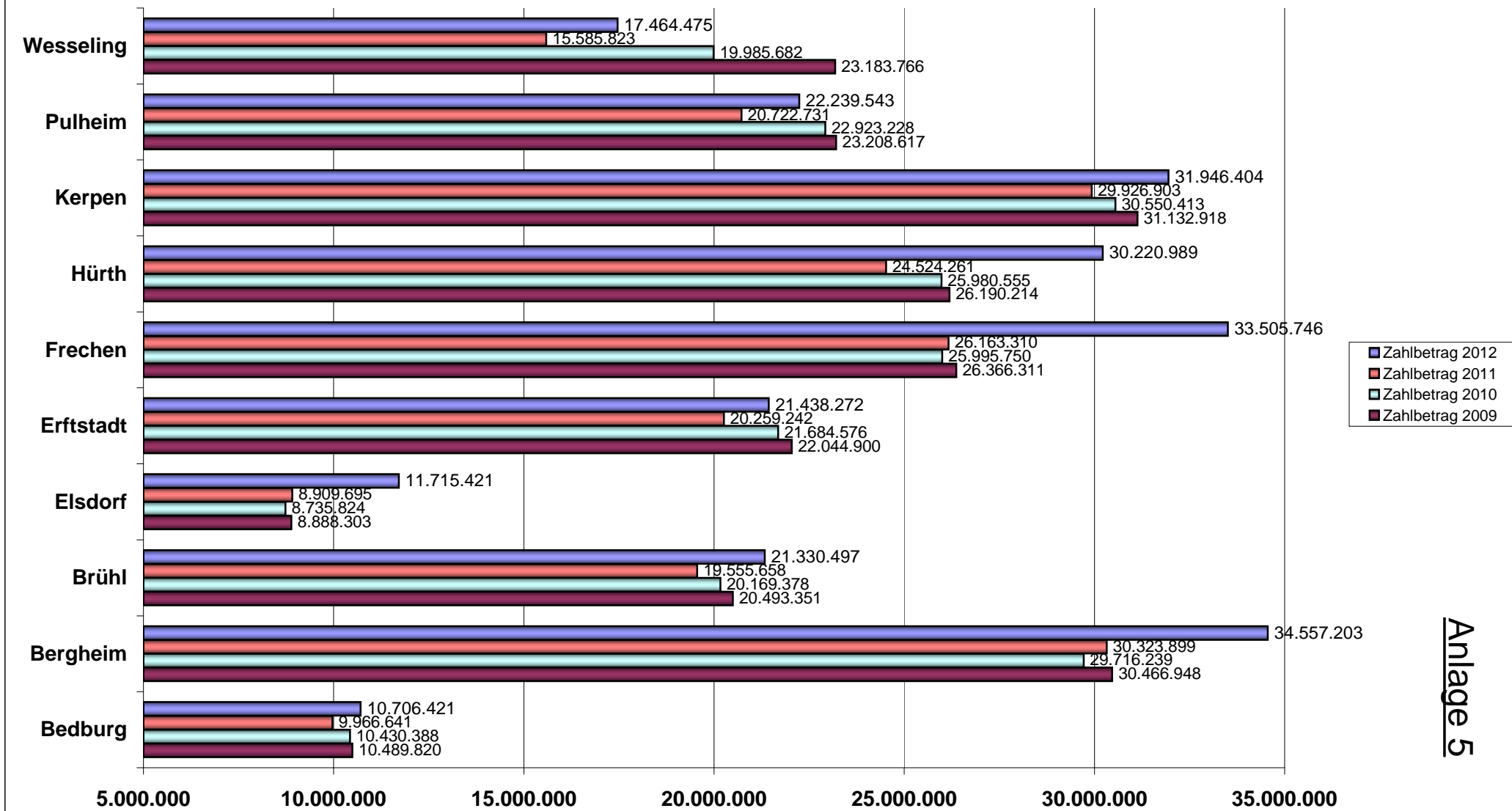
lfd. Nr.	Stadt	Umlagegrundlagen		Kreisumlage			Kreisumlage (1%)		
		GFG 2011 €	GFG 2012 1. Probe IT.NRW €	2011 42,53% €	2012 42,53% €	Unter- schieds- betrag 2011 ./ 2012 €	2011 €	2012 €	Unter- schieds- betrag 2011 ./ 2012 €
1	2	3.1	3.2	4.1	4.2	4.3	5.1	5.2	5.4
1	Bedburg	23.440.789	25.173.809	9.969.368	10.706.421	737.053	234.408	251.738	17.330
2	Bergheim	71.319.331	81.253.711	30.332.111	34.557.203	4.225.092	713.193	812.537	99.344
3	Brühl	46.000.740	50.154.002	19.564.115	21.330.497	1.766.382	460.007	501.540	41.533
4	Elsdorf	20.949.203	27.546.251	8.909.696	11.715.421	2.805.725	209.492	275.463	65.970
5	Erfstadt	47.648.243	50.407.411	20.264.798	21.438.272	1.173.474	476.482	504.074	27.592
6	Frechen	61.517.306	78.781.438	26.163.310	33.505.746	7.342.435	615.173	787.814	172.641
7	Hürth	57.678.804	71.058.051	24.530.795	30.220.989	5.690.194	576.788	710.581	133.792
8	Kerpen	70.385.526	75.114.986	29.934.964	31.946.404	2.011.439	703.855	751.150	47.295
9	Pulheim	48.738.041	52.291.426	20.728.289	22.239.543	1.511.255	487.380	522.914	35.534
10	Wesseling	36.656.794	41.063.896	15.590.134	17.464.475	1.874.340	366.568	410.639	44.071
	Insgesamt	484.334.777	552.844.981	205.987.581	235.124.970	29.137.390	4.843.348	5.528.450	685.102

Anlage 3

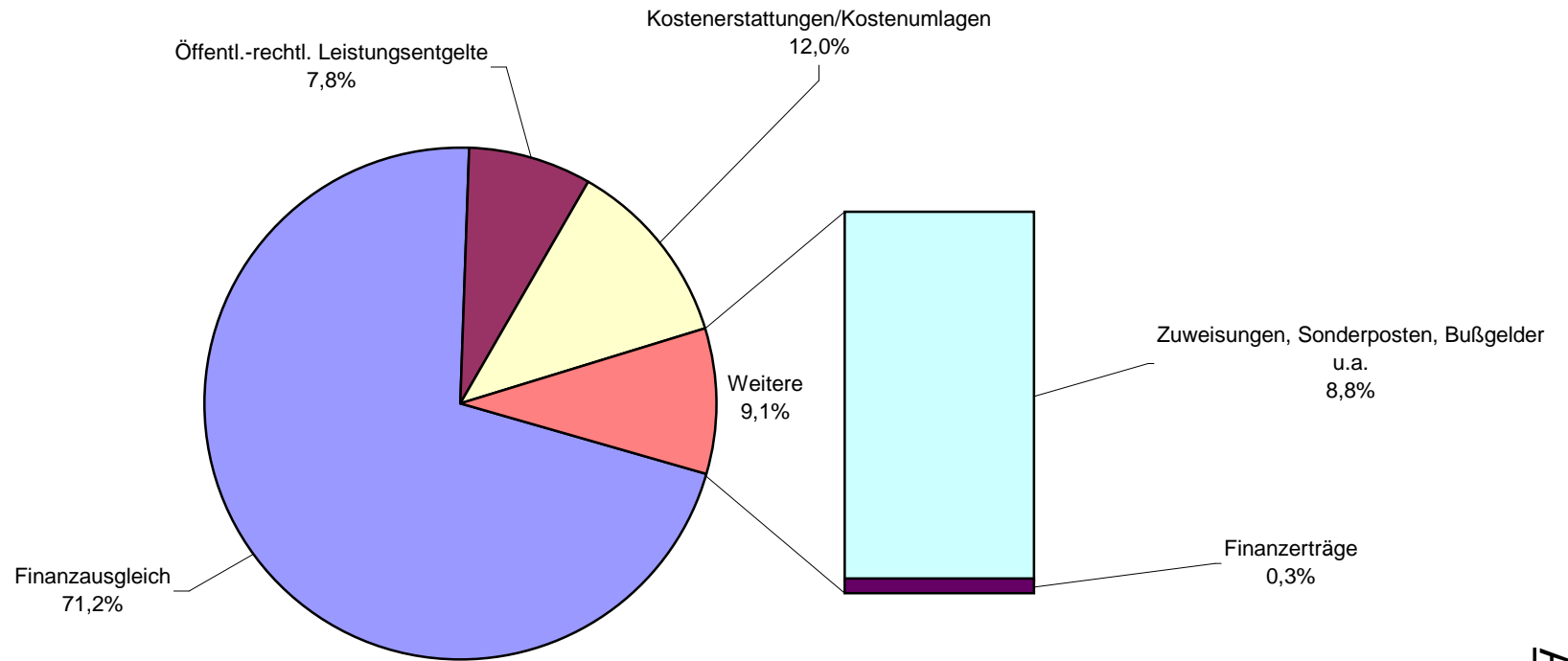
Entwicklung der Kreisumlage 2008 - 2012



Entwicklung der Kreisumlage 2009 - 2012



Haushalt 2012 Struktur der Erträge

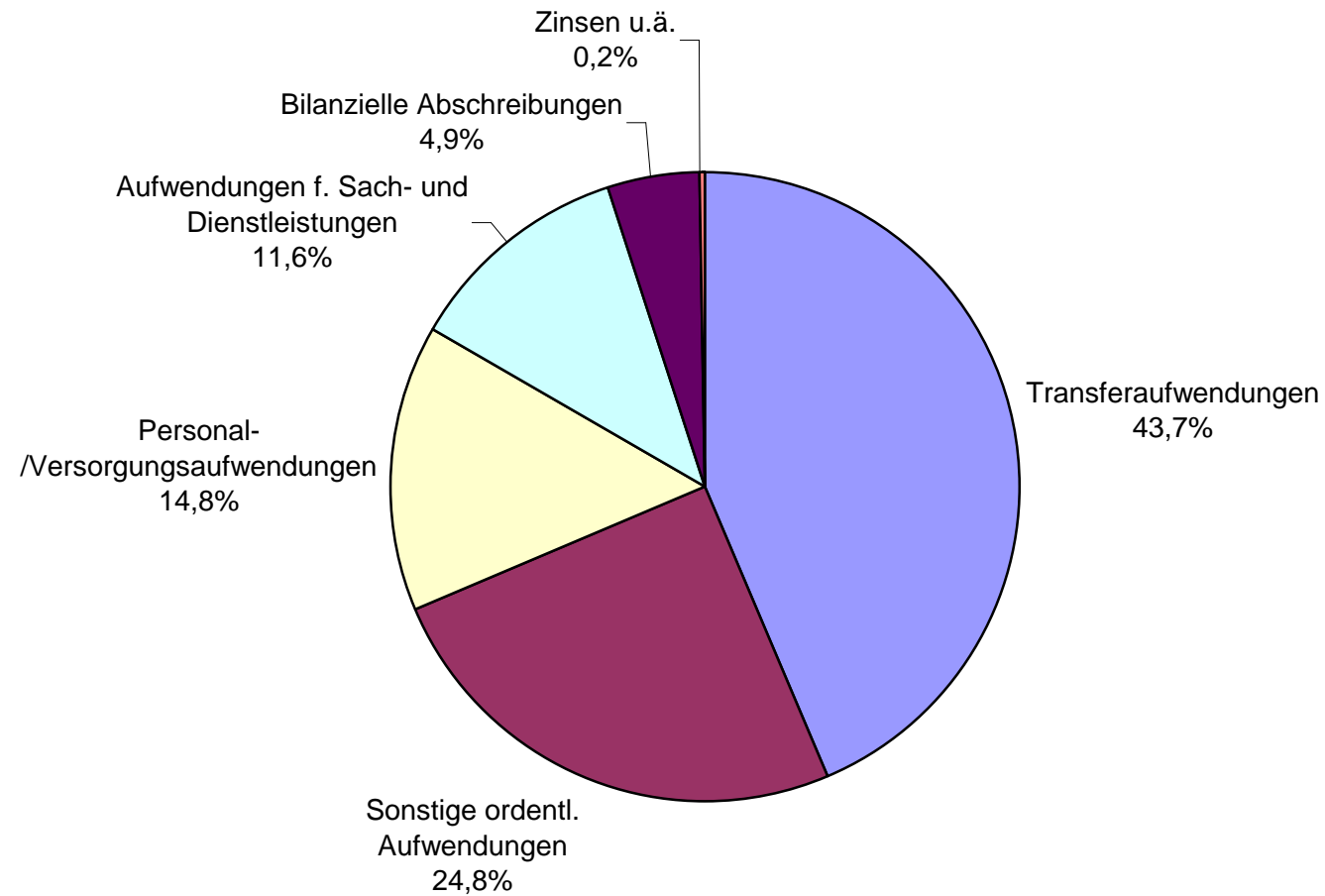


Haushaltsentwurf 2012

Konten- gruppe	Ertragsarten	2011	2012		Differenz zum Vorjahr
		in Mio. EUR	in Mio. EUR	Anteil in %	
Ordentliche Erträge gesamt		346,33	369,43		23,10
davon:					
41	Zuwendungen/allg. Umlagen	257,48	277,57	74,91%	20,09
	darunter				
	Kreisumlage	205,94	235,12		29,19
	Kreisschlüsselzuweisungen	30,32	22,03		-8,29
	Zuweisungen/Zuschüsse lfd. Zwecke	10,77	10,17		-0,60
	Jugendamtumlage	0,00	0,00		0,00
	Mehrbelastungen ÖPNV, Randkanal	6,33	6,53		0,21
	Erstattung Landschaftsumlage a.V.	0,00	0,00		0,00
	Auflösung Sonderposten	3,00	3,06		0,06
43	Öffentl.-rechtl. Leistungsentgelte	30,79	28,81	7,78%	-1,98
	darunter				
	Benutzungsgebühren (insbes. Abfall)	23,63	21,75		-1,88
	Verwaltungsgebühren	7,16	6,99		-0,17
448/449	Kostenerstattungen/Kostenumlagen	40,07	44,38	11,98%	4,31
	darunter				
	Leistungsbeteiligung Unterkunft/Heizung	28,14	27,33		-0,81
	Erstattungen im Sozialwesen	10,26	15,27		5,01
40, 42, 44, 45	Sonstiges	17,99	18,67	5,04%	0,67
	darunter				
	Buß- und Zwangsgelder	4,74	4,76		0,02
	Landesausgleich Änderung Wohngeldgesetz	8,50	8,50		0,00
Finanzerträge		1,06	1,12	0,30%	0,06
davon:					
465	Gewinnausschüttungen, Dividenden	0,71	0,54		-0,17
461	Zinserträge	0,35	0,59		0,24
Gesamterträge		347,39	370,56		23,17

Anteil der Kreisumlage an den Gesamterträgen	59,28%	63,45%
Anteil der Kreisschlüsselzuweisungen an den Gesamterträ	8,73%	5,95%
Anteil Finanzausgleich an Gesamterträgen	69,83%	71,16%

Haushalt 2012 Struktur der Aufwendungen



Haushaltswurf 2012

Konten- gruppe	Aufwandsarten	2011	2012		Differenz zum Vorjahr Mio. EUR
		in Mio. EUR	in Mio. EUR	Anteil in %	
Ordentliche Aufwendungen gesamt		369,08	379,22		10,15
davon:					
53	Transferaufwendungen	150,92	165,91	43,68%	14,99
	darunter				
	Landschaftsumlage	87,47	97,73		10,26
	Sozialtransferaufwendungen	39,91	41,29		1,38
	Zuweisungen/Zuschüsse lfd. Zwecke	23,28	26,37		3,09
54	Sonstige ordentl. Aufwendungen	95,50	94,16	24,79%	-1,34
	darunter				
	Leistungsbeteiligung SGB II	86,59	83,50		-3,09
	Geschäftsaufwendungen	2,94	3,39		0,44
	Mieten und Pachten	2,77	2,17		-0,59
	sonstige Aufwendungen lfd. Verwaltung	0,88	1,05		0,17
	Sachverständigen-, Gerichts-, ähnl. Kosten	1,32	1,31		-0,01
50, 51	Personal- und Versorgungsaufwendungen	56,14	56,39	14,85%	0,25
	darunter				
	Dienstbezüge; Honorare, Entgelte an Dritte	37,79	38,23		0,45
	Zuführung Rückstellungen	5,05	4,75		-0,30
	Beiträge Versorgungskasse tarifl. Besch.	2,08	2,07		0,00
	Beiträge Sozialversicherung, Unfallkasse	4,99	5,05		0,06
	Beihilfen	1,59	1,59		0,00
	Beiträge zur Versorgungskasse Beamte (netto)	4,17	4,28		0,11
52	Aufwendungen f. Sach-/Dienstleistungen	46,82	44,03	11,59%	-2,79
	darunter				
	sonst. Dienstleistungen (insbesondere Abfall)	22,55	21,83		-0,71
	Erstattung Aufwendungen Dritter	8,90	8,28		-0,62
	Schülerfahrkosten, Lernmittelfreiheit	3,98	3,82		-0,17
	Bewirtschaftung Grundstücke u. baul. Anlagen	3,14	3,26		0,12
	Unterhaltung Grundstücke u. baul. Anlagen	3,93	3,85		-0,08
	Unterhaltung sonst. unbewegl. Vermögen	2,40	1,13		-1,27
57	Bilanzielle Abschreibungen	19,69	18,73	4,93%	-0,97
	darunter				
	für unbewegliches Vermögen	7,74	7,38		-0,35
	für Jahresverlust REVG, HBZ, EKoZ	8,24	8,78		0,54
	für bewegliches Vermögen, Software	1,88	1,24		-0,65
	auf Forderungen (insbes. Rekultivierung, Nachsorge)	1,83	1,33		-0,51
Zinsen u.ä.		0,62	0,58	0,15%	-0,04
davon:					
55	zweckgebundene Zinsen	0,01	0,01		0,00
	Zinsbelastung PPP-I-Objekte	0,51	0,49		-0,03
Gesamtaufwendungen		369,69	379,80		10,11

Übersicht Fehlbedarf/Überschuss Soziales

		Haushaltsjahr 2011	Haushaltsjahr 2012	Differenz	
				in EUR	in %
Produkt	Hilfe zur Pflege -ohne Pflegegeld				
05.311.20	Erträge	1.656.200	1.661.200	+5.000	0,30%
	Aufwendungen	11.739.050	12.030.850	+291.800	2,49%
	Fehlbedarf	-10.082.850	-10.369.650	-286.800	2,84%
Produkt	nur Pflegegeld				
05.311.20	Erträge	220.000	200.000	-20.000	-9,09%
	Aufwendungen	10.500.000	11.300.000	+800.000	7,62%
	Fehlbedarf	-10.280.000	-11.100.000	-820.000	7,98%
Produkt	Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung				
05.311.60	Erträge	2.715.850	7.795.050	+5.079.200	187,02%
	Aufwendungen	16.918.800	18.470.500	+1.551.700	9,17%
	Fehlbedarf	-14.202.950	-10.675.450	+3.527.500	-24,84%
Produkt	Hilfe zum Lebensunterhalt und in besonderen Lebenslagen				
05.311.10	Erträge	932.750	967.750	+35.000	3,75%
	Aufwendungen	3.130.750	3.451.300	+320.550	10,24%
	Fehlbedarf	-2.198.000	-2.483.550	-285.550	12,99%
Produkt	Eingliederungshilfe für Behinderte				
05.311.30	Erträge	60.200	110.000	+49.800	82,72%
	Aufwendungen	2.633.200	2.972.350	+339.150	12,88%
	Fehlbedarf	-2.573.000	-2.862.350	-289.350	11,25%
Produkt	Hilfen zur Gesundheit				
05.311.40	Erträge	11.700	72.400	+60.700	518,80%
	Aufwendungen	2.456.100	2.755.700	+299.600	12,20%
	Fehlbedarf	-2.444.400	-2.683.300	-238.900	9,77%
Produkt	Grundsicherungsleistungen nach dem SGB II				
05.312.01	Erträge (s.u. Hinweis Nr. 2)	33.144.500	33.575.450	+430.950	1,30%
	Aufwendungen	91.043.400	87.331.700	-3.711.700	-4,08%
	Fehlbedarf	-57.898.900	-53.756.250	+4.142.650	-7,15%
Produkt	Aktivierende Leistungen nach dem SGB II				
05.312.01	Erträge	1.209.750	0	-1.209.750	
	Aufwendungen	1.382.650	0	-1.382.650	
	Fehlbedarf	-172.900	0	+172.900	
Produkt	Sonstige Soziale Leistungen (nur BuT-Leistungen)				
05.351.01	Erträge	0	0	+0	
	Aufwendungen	2.578.100	3.011.650	+433.550	
	Fehlbedarf	-2.578.100	-3.011.650	-433.550	
Saldo 2012 zu 2011				+5.488.900	
Saldo bereinigt um Verwaltungskostenerstattung Jobcenter und kreiseigene Schülersozialarbeit				+3.889.450	

Hinweis:

- 1) ohne personelle Aufwendungen und Interne Leistungsbeziehungen
- 2) inkl. Erstattung der Verwaltungskosten (insbesondere für Personal) durch das Jobcenter!
(2011 = 5.002.700 EUR, 2012 = 6.239.150 EUR)
- 3) kreiseigene Schülersozialarbeit im Rahmen BuT (2011: kein Ansatz, 2012: 363.000 EUR)

bereinigte Fehlbedarfe gesamt **-107.433.800** **-103.544.350** **3.889.450**

Gesamtergebnisplan

Nr.	Bezeichnung	vorl. IST 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012	Plan 2013	Plan 2014	Plan 2015
		EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
01	Steuern und ähnliche Abgaben	30.196.114	8.525.500	8.512.600	8.500.000	8.500.000	8.500.000
02	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	270.756.909	257.478.150	277.570.800	283.545.950	282.832.650	288.110.200
03	+ Sonstige Transfererträge	5.027.792	2.508.200	2.624.100	2.624.100	2.624.100	2.624.100
04	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	32.823.500	29.946.300	28.813.950	29.410.550	29.886.450	30.284.500
05	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	931.313	954.000	1.043.450	1.057.000	1.057.300	1.065.000
06	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	25.834.542	40.067.800	44.380.350	50.385.500	53.899.850	55.122.500
07	+ Sonstige ordentliche Erträge	8.305.872	6.848.150	6.487.100	6.251.950	6.173.250	10.921.000
08	+ Aktivierte Eigenleistungen						
09	+/- Bestandsveränderungen						
10	= Ordentliche Erträge	373.876.040	346.328.100	369.432.350	381.775.050	384.973.600	396.627.300
11	- Personalaufwendungen	-48.311.787	-50.778.550	-50.781.450	-49.868.750	-49.627.750	-49.366.950
12	- Versorgungsaufwendungen	-4.998.851	-5.360.300	-5.608.350	-5.645.850	-5.685.150	-5.669.200
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-42.435.256	-46.960.850	-44.030.200	-44.685.450	-44.029.850	-43.951.400
14	- Bilanzielle Abschreibungen	-17.490.898	-19.693.500	-18.726.800	-19.075.100	-19.472.200	-24.413.850
15	- Transferaufwendungen	-170.944.765	-150.730.400	-165.910.900	-168.756.150	-171.465.350	-177.599.250
16	- Sonstige Aufwendungen	-87.982.341	-95.551.750	-94.163.300	-96.103.350	-94.934.750	-95.878.650
17	= Ordentliche Aufwendungen	-372.163.899	-369.075.350	-379.221.000	-384.134.650	-385.215.050	-396.879.300
18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit	1.712.141	-22.747.250	-9.788.650	-2.359.600	-241.450	-252.000
19	+ Finanzerträge	1.196.477	1.059.450	1.122.950	760.450	761.700	737.050
20	- Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	-560.467	-615.600	-577.250	-529.500	-520.250	-485.050
21	= Finanzergebnis (Zeilen 19 und 20)	636.009	443.850	545.700	230.950	241.450	252.000
22	= Ordentliches Jahresergebnis	2.348.151	-22.303.400	-9.242.950	-2.128.650	0	0
23	+ Außerordentliche Erträge						
24	- Außerordentliche Aufwendungen						
25	= Außerordentliches Ergebnis						
26	= Jahresergebnis	2.348.151	-22.303.400	-9.242.950	-2.128.650	0	0

Darstellung der voraussichtlichen Entwicklung des Eigenkapitals

	vorl. IST	Ansatz	Ansatz	Planwert	Planwert	Planwert
	31.12.2010	31.12.2011	31.12.2012	31.12.2013	31.12.2014	31.12.2015
	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
Allgemeine Rücklage	109.634.900	109.634.900	109.634.900	109.634.900	109.634.900	109.634.900
Sonderrücklagen	0	0	0	0	0	0
Ausgleichsrücklage	54.609.583	54.609.583	32.306.183	23.063.233	20.934.583	20.934.583
Jahresergebnis	0	-22.303.400	-9.242.950	-2.128.650	0	0
EIGENKAPITAL	164.244.483	141.941.083	132.698.133	130.569.483	130.569.483	130.569.483

Gesamtfinanzplan

Nr.	Bezeichnung	vorl. IST 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012	Plan 2013	Plan 2014	Plan 2015
		EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
01	Steuern und ähnliche Abgaben	30.196.114	8.525.500	8.512.600	8.500.000	8.500.000	8.500.000
02	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	267.993.363	249.643.700	271.267.000	277.060.800	276.191.250	281.326.300
03	+ Sonstige Transfereinzahlungen	5.031.405	2.508.200	2.624.100	2.624.100	2.624.100	2.624.100
04	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	33.444.610	29.947.800	28.736.900	29.404.050	29.879.950	30.278.000
05	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	919.517	954.000	1.043.450	1.057.000	1.057.300	1.065.000
06	+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	25.724.553	40.063.150	44.380.350	50.385.500	53.899.850	55.122.500
07	+ Sonstige Einzahlungen	5.231.867	4.685.500	5.057.450	5.107.250	5.157.250	5.307.250
08	+ Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen	903.093	873.550	1.031.450	698.950	730.200	737.050
09	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	369.444.523	337.201.400	362.653.300	374.837.650	378.039.900	384.960.200
10	- Personalauszahlungen	-41.785.924	-46.354.450	-46.689.750	-46.059.750	-45.892.400	-45.772.900
11	- Versorgungsauszahlungen	-6.657.826	-6.904.900	-7.185.450	-7.280.950	-7.378.200	-7.477.050
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	-43.287.698	-48.283.750	-45.924.700	-45.275.450	-44.029.850	-51.742.850
13	- Zinsen und sonstige Finanzauszahlungen	-560.467	-607.150	-564.150	-518.500	-509.900	-474.950
14	- Transferauszahlungen	-169.545.611	-150.287.650	-165.779.650	-168.027.800	-170.736.000	-176.916.300
15	- Sonstige Auszahlungen	-87.906.124	-95.812.300	-92.376.750	-93.468.500	-94.893.800	-95.837.700
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-349.743.651	-348.250.200	-358.520.450	-360.630.950	-363.440.150	-378.221.750
17	= Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit	19.700.872	-11.048.800	4.132.850	14.206.700	14.599.750	6.738.450
18	+ Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen	6.260.426	13.717.450	9.887.200	7.677.850	7.308.000	7.775.550
19	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachanlagen	14.596	355.950	1.500	1.573.150	2.300	1.300
20	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzanlag		7.497.050	3.994.700			
21	+ Einzahlungen aus Beiträgen u.ä. Entgelten						
22	+ Sonstige Investitionseinzahlungen	80.827	58.450	56.250	51.900	48.000	42.950
23	= Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	6.355.849	21.628.900	13.939.650	9.302.900	7.358.300	7.819.800
24	- Auszahlungen f. d. Erwerb v. Grundst u. Gebäuden	-2.966.884	-2.265.100	-1.800.900	-674.400	-1.063.400	-448.000
25	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	-2.565.812	-11.010.600	-4.990.200	-7.832.100	-5.342.200	-6.768.500
26	- Auszahlungen für den Erwerb von bew. Anlageverm.	-967.844	-2.884.250	-1.912.050	-1.744.700	-1.507.800	-1.258.950
27	- Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen	-8.828.570	-9.147.750	-10.147.800	-10.195.800	-10.293.600	-10.663.350
28	- Auszahlungen von aktivierbaren Zuwendungen	-478.866	-1.388.900	-1.289.300	-696.300	-696.300	-696.300
29	- Sonstige Investitionsauszahlungen	-115.417	-16.650	-153.000	-151.000	-151.000	-113.550
30	= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	-15.923.392	-26.713.250	-20.293.250	-21.294.300	-19.054.300	-19.948.650
31	= Saldo aus Investitionstätigkeit (Zeilen 23 und	-9.567.543	-5.084.350	-6.353.600	-11.991.400	-11.696.000	-12.128.850
32	= Finanzmittelüberschuss/ -fehlbetrag	10.133.329	-16.133.150	-2.220.750	2.215.300	2.903.750	-5.390.400
33	+ Aufnahme und Rückflüsse von Darlehen						
34	- Tilgung und Gewährung von Darlehen	-614.615	-620.900	-627.450	-634.200	-641.350	-648.650
35	= Saldo aus Finanzierungstätigkeit	-614.615	-620.900	-627.450	-634.200	-641.350	-648.650
36	= Änderung des Bestandes an eigenen Finanzmitteln	9.518.714	-16.754.050	-2.848.200	1.581.100	2.262.400	-6.039.050
37	+ Anfangsbestand an Finanzmitteln	34.870.620					
38	+ Bestand an fremden Finanzmitteln						
39	= Liquide Mittel (Zeilen 36 und 37)	44.389.334	27.635.284	24.787.084	26.368.184	28.630.584	22.591.534

Voraussichtliche Mehrbelastungen 2012 Omnibusverkehr/Stadtbahnlinien/AST-Verkehr

Stadt	REVG 1)			Aufwand- abdeckung Stadt Köln (KVB) 2)	grenz- überschreitende Verkehre AVV 3)	Σ
	Regionalbus- verkehr (50 %)	Ortsbus- verkehr (100%)	AST- Verkehr (100 %)		Omnibus- verkehr (50 %)	
	€		€	€	€	€
Bedburg	106.550	129.271	37.411	0	0	273.232
Bergheim	597.560	225.280	42.054	0	0	864.894
Brühl	171.300	0	0	0	0	171.300
Elsdorf	158.945	0	38.628	0	4.078	201.651
Erfstadt	538.736	208.909	152.512	0	11.640	911.797
Frechen	427.924	239.176	47.956	1.096.861	0	1.811.917
Hürth	251.674	0	0	0	0	251.674
Kerpen	509.487	404.735	24.430	0	0	938.652
Pulheim	299.952	125.340	44.744	28.364	0	498.400
Wesseling	89.149	0	0	0	0	89.149
Insgesamt	3.151.277	1.332.711	387.735	1.125.225	15.718	6.012.666

- 1) REVG = Rhein-Erft Verkehrsgesellschaft Buslinien und AST-Verkehr
- 2) KVB = Kölner Verkehrsbetriebe Stadtbahnlinie 7 und Buslinien
- 3) AVV = Aachener Verkehrsverbund, öffentl.-rechtl. Vereinbarung mit dem Kreis Düren
- 4) Diese Städte rechnen aufgrund eigener Aufgabenträgerschaft unmittelbar mit der Stadt Köln ab.

Hinweis:

Die Mehrbelastungen zur REVG sowie zur Aufwandabdeckung Stadt Köln fußen angesichts noch ausstehender Entscheidungen der Aufgabenträger noch auf den Daten des Wirtschaftsplanes 2011/der Finanzplanung.